

# Antragsbuch A-Anträge

**35. Landesparteitag  
am 16.11.2019 in Markneukirchen**

## A-Anträge an den 35. Landesparteitag am 16.11.2019 in Markneukirchen

Antragstext

Empfehlung der  
Antragskommission

<p><b>A-1</b></p> <p><b>Antragsteller:</b> Land-Union Sachsen</p> <p><b>Betreff:</b> Entscheidungskompetenz über Baugenehmigungen von Eigenheimen</p> <p><b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b></p> <p>Die Sächsische Union fordert, dass die Entscheidungskompetenz über Baugenehmigungen von Eigenheimen im ländlichen Raum im innerörtlichen Bereich auf die Gemeindeebene übertragen wird.</p> <p>Erleichterungen bei Baugenehmigungen sollen auch für den sogenannten innerörtlichen Außenbereich gelten.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Wer baut, der bleibt.</p> <p>Bauen auf dem Dorf gleicht abseits der Sonntagsreden eher einem Lotteriespiel. Gerade der im Baurecht definierte innerörtliche Außenbereich führt immer wieder zu unverständlichen Entscheidungen.</p> <p>Wir sollten den Weg freimachen, dass derjenige, der auf dem Dorf bauen will, auch bauen kann. Für eine sachkundige, ortsnahe Entscheidung sollte die Entscheidungskompetenz auf die Gemeindeebene übertragen werden.</p> <p>Nach wie vor existieren innerhalb des Dorfes sogenannte innerörtliche Außenbereiche. Dies führt beispielsweise zu der grotesken Situation, dass die Errichtung eines Kinderspielhauses einer Baugenehmigung bedarf.</p>	<p><b>Annahme in geänderter Fassung:</b></p> <p>[geänderte Fassung liegt zum Landesparteitag aus]</p>
--	---

## A-Anträge an den 35. Landesparteitag am 16.11.2019 in Markneukirchen

Antragstext

Empfehlung der  
Antragskommission

<p><b>A-2</b></p> <p><b>Antragsteller:</b> Junge Union Sachsen &amp; Niederschlesien</p> <p><b>Betreff:</b> Modernisierung der sächsischen Juristenausbildung</p> <p><b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b></p> <p>Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, auch den Justizapparat des Freistaates Sachsen zukunftssicher aufzustellen. Deswegen soll der Aufstockung der Polizei eine Nachbesetzung des juristischen Personals folgen. Damit wird dem anstehenden Bedarf in der Justiz Rechnung getragen, der durch das altersbedingte Ausscheiden vieler Juristen aus dem aktiven Dienst in den nächsten Jahren bedingt ist.</p> <p>Damit dieser Bedarf durch Personal mit regionalem Bezug gedeckt werden kann, wollen wir die sächsische Juristenausbildung ausbauen. Dazu gehören nicht nur die kürzlich eingeleiteten Maßnahmen in Leipzig, sondern auch die Stärkung bereits bestehender dezentraler Strukturen in Dresden. Diese bieten auch den juristisch interessierten Studenten aus den südlichen und östlichen Landkreisen Sachsens den Anreiz, ein Jura-Studium zu beginnen und in der Region zu bleiben, womit wir auch dem demographischen Wandel vor Ort Rechnung tragen. Ob es sich bei diesem Standort um eine Fakultät handelt, die einen Staatsexamen-Studiengang anbietet oder um eine Außenstelle der zentralen Juristenausbildung in Leipzig, die ein Bachelor-Studium anbietet, soll ergebnisoffen geprüft werden.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Hochschulentwicklungsplan 2025 sah vor, die sächsische Juristenausbildung in Leipzig zu konzentrieren. Daraufhin wurden letztmalig im Wintersemester 2016/2017 Studienanfänger für den juristischen Bachelor-Studiengang „Law in Context“ an der Juristischen Fakultät Dresden immatrikuliert. Nun zeigt sich, dass die Zielvereinbarungen bezüglich der Immatrikulationszahlen für die Juristenfakultät in Leipzig nicht erreicht werden. Leipzig ist weit von Ostsachsen entfernt, sodass viele Studienanfänger aus dieser Region auch in andere Bundesländer ziehen, um ein Jura-Studium zu beginnen. Damit dieses Potenzial wieder nutzbar gemacht werden kann und um heimatverbundene Studienanfänger in der Region halten zu können, ist ein juristischer Ausbildungsstandort in Dresden notwendig.</p>	<p><b>Überweisung an die Landtagsfraktion</b></p>
---	---

## A-Anträge an den 35. Landesparteitag am 16.11.2019 in Markneukirchen

Antragstext

Empfehlung der  
Antragskommission

<p><b>A-3</b></p> <p><b><u>Antragsteller:</u></b> CDU Kreisverband Leipzig</p> <p><b><u>Betreff:</u></b> Wir stehen hinter unserer Polizei – Gegen eine allgemeine Kennzeichnungspflicht!</p> <p><b><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></b></p> <p>Die Sächsische Union steht hinter und zu unserer Polizei. Daher lehnen wir eine allgemeine Kennzeichnungspflicht ab. Jegliche Kennzeichnung, welche die Identität der Beamten offenlegt, ist als Risiko für diese und damit für die Sicherheitsinfrastruktur im Freistaat Sachsen zu werten.</p> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Die CDU war in ihrer bisherigen Kommunikation immer gegen eine individuelle Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten. Deshalb sollte unsere Partei diese klare Linie unbedingt beibehalten, um nicht weiter an Vertrauen zu verlieren. Neben diesem Aspekt sprechen zudem Persönlichkeits- und Datenschutzrechte dagegen.</p> <p>Für einen Eingriff in diese Rechte gibt es keine Notwendigkeit, da individuelle Fehlverhaltensweisen einzelner Polizeibeamten auch ohne Kennzeichnungspflicht identifiziert werden können. So ist jeder einzelne Beamte dazu verpflichtet, auf Anfrage seinen Namen zu nennen bzw. seinen Dienstausweis zu zeigen. Für sogenannte geschlossene Einheiten der Bundespolizei und Aufrufhundertschaften der Polizeidirektionen werden bereits Kombinationen aus Zahlen und Buchstaben oder Symbole zur Identifikation verwendet. Wichtig ist jedoch, dass auch weiterhin ein Fehlverhalten einer Identifizierung vorausgehen muss. Die sächsische Polizei ist schon jetzt mit umfassenden Verwaltungsaufgaben belastet. Die Kennzeichnungspflicht würde für unsere Polizisten einen weiteren erheblichen Mehraufwand zur Folge haben.</p>	<p><b>Annahme</b></p>
--	-----------------------